Deutscher Bundestag **Drucksache 17/12920**

17. Wahlperiode 25. 03. 2013

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Caren Lay, Sabine Leidig, Katja Kipping, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/8605 –

Kundenfreundliche Bahn für alle

A. Problem

Die Antragssteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung unter anderem auffordern soll, ein Konzept für eine kundenfreundliche Bahn vorzulegen und dabei nach näherer Maßgabe des Antrags die Aspekte eines kundenfreundlichen Angebots von Bahnverbindungen sowie einer guten Erreichbarkeit der Bahn für alle, erschwinglicher Preise und eines übersichtlichen Tarifsystems, einer Orientierung auf Kundenbindung, Pünktlichkeit und Anschlusssicherheit, eines kundengerechten Fahrkartenverkaufs, der Sicherheit, des Services und der Barrierefreiheit für alle sowie einer demokratischen Interessenvertretung und Aufsicht zu berücksichtigen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/8605 abzulehnen.

Berlin, den 15. März 2013

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Anton Hofreiter	**Ulrich Lange**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Ulrich Lange

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/8605** in seiner 188. Sitzung am 29. Juni 2012 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und an den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, ein Konzept für eine kundenfreundliche Bahn vorzulegen und dabei nach näherer Maßgabe des Antrags die Aspekte eines kundenfreundlichen Angebots von Bahnverbindungen sowie einer guten Erreichbarkeit der Bahn für alle, erschwinglicher Preise und eines übersichtlichen Tarifsystems, einer Orientierung auf Kundenbindung, Pünktlichkeit und Anschlusssicherheit, eines kundengerechten Fahrkartenverkaufs, der Sicherheit, des Services und der Barrierefreiheit für alle sowie einer demokratischen Interessenvertretung und Aufsicht zu berücksichtigen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 17/8605 in seiner 80. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 67. Sitzung am 7. November 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag auf Drucksache 17/8605 in seiner 93. Sitzung am 30. Januar 2013 beraten. Gemeinsam mit der Vorlage hat der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eine Reihe von Petitionen zu dem Antrag beraten, zu denen er vom Petitionsausschuss gemäß § 109 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung um eine Stellungnahme gebeten worden war.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, gerade im Hinblick auf das vergangene Jahr sei viel Positives zur Entwicklung der DB AG zu berichten. Ein Zurück zur alten Behördenbahn komme nicht in Betracht, weswegen sie den Antrag ablehne.

Die **Fraktion der SPD** bekundete, sie unterstütze das Ziel von mehr Sicherheit an den Bahngleisen ebenso wie die Vorschläge zur Barrierefreiheit. Die Fraktion DIE LINKE. müsse aber auch die Frage der Finanzierung beantworten. Verbesserungen scheiterten nicht an fehlendem Willen, seien jedoch teilweise nicht finanzierbar.

Die **Fraktion DIE LINKE.** bemerkte, wenn Attribute wie ein zuverlässiger Takt und Pünktlichkeit an eine Behördenbahn gebunden seien, wolle sie tatsächlich eine solche. Von einer Verbesserung des Angebotes der DB AG könne vor dem Hintergrund überdurchschnittlicher Preiserhöhungen und eingestellter Verbindungen keine Rede sein.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** führte aus, dass sie zwar Ziele des Antrags, wie etwa im Hinblick auf die Pünktlichkeit der Bahn, unterstütze. Die konkreten Forderungen des Antrags liefen aber auf die Wiedereinführung einer Behördenbahn hinaus, was sie ablehne.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/8605.

Berlin, den 15. März 2013

Ulrich Lange
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333